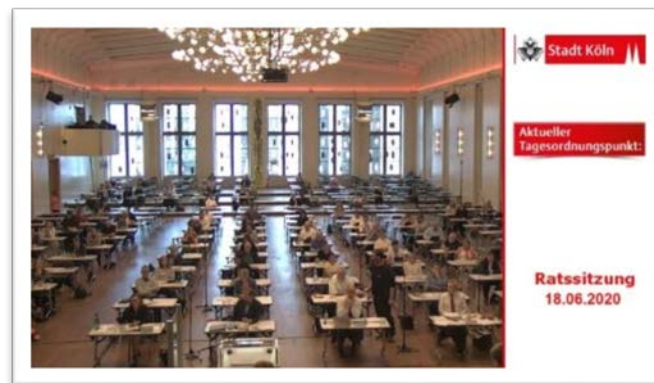


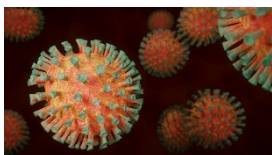
Die Ratssitzung am 18.06.2020



Die erste Sitzung des Rates in voller Stärke seit Beginn der Corona-Pandemie zeigte deutlich, dass der Wahlkampf langsam an Fahrt aufnimmt. Besonders die Show-Anträge der FDP und SPD zum Wohnungsbau oder der LINKEN, die aus der Krise politischen Profit schlagen wollten.

Den Hauptteil der Sitzung nahmen die Beratungen über den Ausbau des Geißbockheims im Grüngürtel und die damit verbundene Zerstörung der Gleueler Wiese ein. Durch die ausführliche Debatte und eine geheime Abstimmung gerieten die anderen wichtigen Themen wie der Schulbau und die Erweiterung der Öffentlichkeitsbeteiligung schon fast in den Hintergrund. In unserem Rat im Rückblick findet ihr neben diesen Infos auch alles, was sonst noch wichtig war

Aktuelle Stunde zur Kölner Situation mit „SARS-CoV-2“



Nachdem sich sowohl der Hauptausschuss als auch der Stadtrat in den letzten Sitzungen immer wieder mit der aktuellen Situation mit Corona auseinandergesetzt hatten, wurde auch in dieser Ratssitzung zu Beginn ein Rückblick über die letzten Wochen gegeben und ein kleiner Blick in die Zukunft gewagt. Die Stadt Köln hat in den letzten Wochen einen sehr guten Job in der Bewältigung der Corona-Pandemie gemacht. Dies zeigen auch die zuletzt sehr niedrigen Infektionszahlen. Unser gesundheitspolitischer Sprecher Dr. Ralf Unna machte in seinem Redebeitrag noch einmal deutlich, dass zum Beispiel das Gesundheitsamt innerhalb kürzester Zeit sich fast verdoppelt hat und dies alles reibungslos klappte. Lobend bleibt auch festzuhalten, dass der Kölner Rat es auch in der Krisenzeit geschafft hat, zu tagen und politische Entscheidungen zu treffen. Dies war längst nicht in allen Städten der Fall und es ist gut, dass dies in Köln gelungen ist.

Die beiden Anträge der LINKEN zum Thema Corona suggerierten dabei, dass es hier auch um verbesserte Hygienebedingungen gehen sollte. Bei genauerem Lesen wurde jedoch schnell klar: Die LINKE versuchte, altbekannte Forderungen wie z.B. den kostenlosen ÖPNV

nun nicht mehr politisch, sondern mit den Auswirkungen der Pandemie zu begründen und forderte zusätzlich noch Hygienekonzepte, die es schon längst gibt und die bereits umgesetzt werden. Für uns GRÜNE war daher klar, dass wir solchen durchsichtigen populistischen Manövern nicht zustimmen können.

Leitbild für die Zukunft der Handelslagen in der Kölner Innenstadt – Chancen für die Stadt



Eine breite Mehrheit fand im Rat der [Antrag](#) „zur Zukunft der Handelslagen“, den das Haushaltsbündnis eingebracht hatte. Er verfolgt das Ziel, die Situation der Hauptgeschäftsstraßen in der Kölner City wieder zu verbessern. Dazu soll die Verwaltung Handlungsempfehlungen entwickeln und in einem Werkstattverfahren unter Beteiligung und Expertise der Fachöffentlichkeit beraten. Die Situation der Hauptgeschäftsstraßen ist unterschiedlich. So ist auf der Hohe Straße schon länger ein Qualitäts- und Attraktivitätsverlust festzustellen, während die Ehrenstraße nur noch von den üblichen Filialisten dominiert wird. Das Vordringen des Onlinehandels und die Veränderungen im Einkaufs- und Mobilitätsverhalten der Kunden hinterlassen deutliche Spuren. Die GRÜNEN stellen heraus, was die Stadt tun kann: eine sichtbare Aufwertung des öffentlichen Raums und die Initiierung von Immobilienstandortgemeinschaften (ISG). Denn der Verfall entwertet auch die Immobilien. Wer hingegen durch überhöhte Mieten kurzfristig Rendite macht, forciert diesen Prozess. ISG sind verbindliche Zusammenschlüsse der Eigentümer, die dann mit finanzieller Förderung durch Stadt und Land konkrete Aufwertungsmaßnahmen angehen können. Dadurch würde die City auch wieder interessanter für Städtetouristen. „Nutzungsmischung und soziale Vielfalt“ sind entscheidend für die Wiederbelebung des Einzelhandels in den Innenstädten. Dies jedenfalls empfiehlt der Deutsche Städtetag in einer aktuellen Studie. Das beinhaltet auch die Förderung von Konzepten, die stationären und Online-Einzelhandel miteinander verbinden.

Antrag der LINKEN „Für einen beschleunigten ÖPNV-Ausbau Doppelplanungen beenden und Ost-West-Achse oberirdisch ausbauen!“



Dies war von den LINKEN sicherlich ein gut gemeinter [Antrag](#). Allerdings macht er zu diesem Zeitpunkt keinen Sinn. Denn die Planungen für einen ober- und unterirdischen Ausbau der ÖPNV-Ost-West-Verbindung laufen parallel und insofern würde die Einstellung der einen nicht zur schnellen Planung und Umsetzung der anderen führen. Sich hier beide Möglichkeiten genauer anzuschauen bringt nicht nur für uns wichtige Fakten, sondern hilft vielleicht auch hier, eine belastbare Mehrheit für den oberirdischen Ausbau der Ost-West-Achse zu schaffen. Deshalb haben wir den Antrag abgelehnt, [die Verwaltung aber aufgefordert](#), alle weiteren Maßnahmen, die am 18.12.2018 ([AN/1815/2018](#)) beschlossen wurden, zeitnah umzusetzen und den Planungsstand und die zeitlichen Abläufe der jeweiligen Planung darzustellen.

Antrag der Gruppe GUT "Geändertem Mobilitätsverhalten gerecht werden"



Vielerorts wird bereits diskutiert, was wir aus der „Covid 19 Pandemie“ alles lernen können und welche positiven Effekte wir in die Zeit danach „retten“ sollten. Hier ist Mobilität sicherlich ein ganz wichtiger Baustein, denn die teilweise leeren Straßen, aber vollen Radwege haben gezeigt – Mobilitätswende geht. Leider leidet der ÖPNV noch unter der Ansteckungsangst in vollen Zügen. Eine gründliche Analyse und durchdachte, vor allem langfristige Maßnahmen müssen nun

angeschoben und umgesetzt werden. Deshalb wurde der [Antrag](#) von GUT in den Verkehrsausschuss geschoben, da dort die Fachleute sitzen und hier mit der Fachverwaltung intensiv für eine gerechte Mobilitätswende in Zeiten nach Corona streiten können.

Antrag der FDP-Fraktion: „Wohnungsbauwende“ und Dringlichkeitsantrag der SPD „Wohnen. Bezahlbar. Machen“



Die Fertigstellungen von neu gebauten Wohnungen in Köln war im vergangenen Jahr nicht zufriedenstellend. Dies nahmen SPD und FDP zum Anlass, mit der Baupolitik von CDU und GRÜNEN abzurechnen. Die FDP kam mit einem [3-seitigen Papier](#), in dem sie alle Instrumente der politischen Wohnbausteuerung als Gängelung und Bürokratie bezeichnete.

Die SPD stellte ihren immer gleichen [Antrag](#) „Wohnen. Bezahlbar. Machen“, mit dem sie deutlich machte, dass auch noch die letzte Freifläche bebaut werden soll und alle ihre sinnleeren Wohnungsanträge der letzten Jahre aufgelistet hatte.

Von GRÜNER Seite hat Sabine Pakulat klar gemacht, dass der Grund für die geringe Bautätigkeit im letzten Jahr nicht in fehlenden Baugenehmigungen oder Regelungen lag, sondern wohl eher darin, dass man im Moment auch alleine durch steigende Grundstückspreise Profit macht. Dies ist wohl ein gravierender Grund, warum Baufertigstellungen trotz vorhandener Baugenehmigungen nicht erfolgen. Wenn die Wohnungswirtschaft ihre mit der Oberbürgermeisterin formulierten Ziele also trotz ausreichender Baugenehmigungen nicht umsetzt, muss man das wohl Spekulation auf zukünftige Gewinne nennen.

Dringlichkeitsantrag der Fraktionen CDU, Bündnis 90/Die Grünen, FDP und der Gruppe GUT: „Integration von Kreativräumen und kulturellen Raumbedarfen in die Stadtplanung“



Mit dem grün initiierten [Dringlichkeitsantrag](#) beauftragen wir die Verwaltung, dem Rat nun endlich die Instrumente und Handlungsfelder bis zum 30.09.2020 vorzulegen, die nötig sind, um die Sicherung und Integration von Kreativräumen und kulturellen Raumbedarfen im Rahmen einer integrierten Stadtentwicklung voranzutreiben. Diesen Auftrag hatte der Rat aufgrund des von uns eingebrachten Antrages [„Integration von Kreativräumen und kulturellen Raumbedarfen in der Stadtplanung“](#) am 06.02.2018 der

Verwaltung erteilt. Dass fast 2,5 Jahre später noch immer keine Ergebnisse vorliegen, um der schleichenden Verdrängung der Kreativszenen, vor allem der Musikclubs, in den Stadtvierteln entgegenzuwirken und in sich neu entwickelnden Stadtquartieren kreative Räume zu schaffen, ist für uns nicht mehr nachvollziehbar.

„Köln hat, was die Kultur- und Kreativwirtschaft angeht, viel zu bieten, aber auch viel zu verlieren. Eine Stadt, die sich innovativ und zukunftsweisend entwickeln möchte, muss Kreativquartieren Freiräume und Gestaltungschancen geben. Hier erwarten wir nun endlich Ergebnisse. Gerade in Zeiten von Corona ist uns dieser Antrag wichtig. Denn wir wollen damit ein wichtiges Signal in Richtung Clubs senden – dass sie als kulturelle Orte Wertschätzung erfahren und dass wir in Köln alles dafür tun, damit sie als kreative Orte erhalten bleiben“, erklärt Fraktionsvorsitzende Brigitta von Bülow.

[Rede Brigitta von Bülow](#)

„Kaufhof und Karstadt gehören zu Köln“



Alle demokratischen Fraktionen bekundeten in einem gemeinsamen Antrag, der einstimmig beschlossen wurde, ihre Solidarität mit den Beschäftigten von Kaufhof/Karstadt, deren Arbeitsplätze akut bedroht sind. Auch am Traditionsstandort Köln drohen ihnen Arbeitslosigkeit und eine Teilschließung. Dies würde auch die Attraktivität der City schädigen. Statt ein zukunftsfähiges Geschäftskonzept zu verfolgen, beabsichtigen die Eigentümer der Sigma-Holding offenbar die Abwicklung der Warenhausstandorte, um die in attraktiven Lagen stehenden Immobilien lukrativ zu verwerten. Seit 1.4. befinden sich 170 Kaufhof/Karstadt-Standorte im Schutzschirmverfahren zur Vermeidung der unmittelbaren Insolvenz. Zum 1.7. muss nun die Konzernleitung ein Sanierungskonzept vorlegen. Die Beschäftigten befürchten einen massiven Arbeitsplatzabbau – auch am Standort Köln. Die GRÜNEN betonten, dass die Stadt auch planungs- und genehmigungsrechtliche Instrumente hat, um die ungezügelt Immobilienverwertung seitens der Sigma-Holding (Tim Bendzko) zu erschweren. Der Rat forderte nun die Oberbürgermeisterin auf, weiterhin die Gespräche mit der Kaufhof/Karstadt-Führung zu suchen und auch auf eine Intervention der Landesregierung zu drängen.

VHS-Räumlichkeiten



Zum zweiten Mal innerhalb weniger Jahre musste die VHS auf Grund besonderer Umstände zurückstecken und konnte Ihre Räumlichkeiten nicht wie gewohnt nutzen. Im aktuellen Fall ist es Corona-bedingt, denn der Krisenstab hat seit Beginn zahlreiche Räumlichkeiten okkupiert. Das kann natürlich nicht endlos so weitergehen. Das VHS-Semester geht zu Ende, aber das neue Semester ist schon in Sicht und die VHS braucht, um mindestens ein taugliches Angebot vorzuhalten, wieder den großen Teil ihrer Räume zurück. Die SPD hatte in einem Antrag die Verwaltung aufgefordert, die Handlungsfähigkeit der VHS wieder herzustellen und andere Räumlichkeiten für den Krisenstab zu finden. Da die Verwaltung aber anschaulich darlegen konnte, dass es bereits Lösungen gibt, die VHS an ihren angestammten Ort zurückkehren zu lassen, zog die SPD ihren Antrag zurück.

VHS Honorare



Nachdem es erst einen suboptimalen Mehrfachantrag gab, um die VHS-Dozenten-Honorare in der Corona-Zeit trotz Kursausfall zu sichern, hat Horst Thelen, unser grüner schulpolitischer Sprecher mit Bravour geschafft, alle demokratischen Fraktionen auf einem optimalen [Ersetzungsantrag](#) mitzunehmen. Dieser fordert die Verwaltung auf, bei Bund und Land Unterstützungsmittel für die Dozenten zu beantragen, die weder ein Ausfallhonorar noch eine sonstige Unterstützung bekommen haben. Und sofern diese Fördermittel nicht erbracht werden, wird die Verwaltung aufgefordert, dem genannten Personenkreis Honorarausfälle analog zu den bisherigen Entschädigungszahlungen zukommen zu lassen.

Digitalisierung Kölner Schulen



Köln ergreift Chancen! Die Corona-Pandemie hat den Nachholbedarf, den Deutschland in der Digitalisierung hat, sehr deutlich gemacht - speziell in den Schulen. Heute hat der Rat beschlossen, mehr als 50 Mio. € bis 2024 in die Digitalisierung der Schulen zu investieren. Die Stadt wird hierfür konsequent Landesmittel aus dem DigitalPakt NRW abrufen, trotz

der bürokratischen und wenig kommunalfreundlichen Förderbedingungen. Investiert wird in mobile Endgeräte, digitale Fachräume, die Verbesserung des WLANs und und und. Wir haben der [Vorlage](#) sehr gern zugestimmt.

Die Stadt kann als Schulträger die Infrastruktur bereitstellen, nun muss aber auch das Land die Innovation im inneren Schulbetrieb sicherstellen: Lehrpläne müssen aktualisiert und die Lehrerschaft für die Chancen der Digitalisierung begeistert und fortgebildet werden. Sie sollen unsere Kinder zu fachkundigen, aber kritischen Nutzenden ausbilden können. Wir sind gespannt, was das kommen wird.

Bewältigung der Corona-Krise erfordert Nachtragssatzung für den Doppelhaushalt 2020/2021 für mehr Kredite



Die Corona-Krise trifft die städtischen Finanzen sehr empfindlich. Erwartungsgemäß benötigt die Stadt wegen der rapide gesunkenen Steuereinnahmen und der umfangreichen städtischen Hilfen frisches Geld. Durch Umschichtungen und Einsparungen im Haushalt sind die erheblichen finanziellen Anforderungen nicht zu stemmen. Deshalb billigte der Rat einstimmig auf Empfehlung des

Finanzausschusses nun per [Nachtragssatzung zur Haushaltssatzung](#) für die Haushaltsjahre 2020 und 2021 die isolierte Anhebung des Höchstbetrags der Kredite, die zur Liquiditätssicherung in Anspruch genommen werden darf. Statt wie bisher 1,8 Mrd. Euro dürfen nun bis zu 2,8 Mrd. Euro als Höchstbetrag für Kredite aufgenommen werden. Zum 30.04.2020 lag das aktuelle Volumen der Liquiditätskredite bereits bei 1,2 Mrd. Euro. Denn rückläufige Steuerträge sowie die Stundung von Steuern, Gebühren, Mieten und Pachten führen zu einem geringeren Liquiditätszufluss. Zugleich steigen die Auszahlungen für Fördermittel an Träger und Institutionen, vorgezogene Betriebskostenzuschüsse an Unternehmen und akute Hilfsmaßnahmen im Sozial-, Jugendhilfe- und Kulturbereich. Im Rat erklärte Stadtkämmerin Dörte Diemert (TOP 7.2.5), dass der aktuell erwartete Jahresfehlbetrag 2020 – ohne Unterstützung von Bund und Land – bei rd. 532,0 Mio. Euro und damit um 480,7 Mio. Euro über dem im Haushaltsplan 2020/2021 beschlossenen Jahresfehlbetrag von 51,3 Mio. Euro liegt. Das ist dramatisch.

Die Corona-Pandemie beschert der Stadt in 2020 voraussichtlich bis zu 390 Mio. Euro Steuerausfälle. Dies lässt sich aus der Mai-Steuerschätzung ableiten. Bis 2024 können sich demnach die Steuermindererträge auf über 1 Mrd. Euro aufsummieren. Bis Ende Mai lagen die zusätzlichen Aufwendungen für Corona-Hilfen und die Mindererträge von städtischen Einrichtungen, Gebühren und Entgelten bereits bei ca. 65 Mio. Euro, die durch Liquiditätskredite finanziert werden müssen. Insofern ist auch der von den demokratischen Fraktionen initiierte Ratsbeschluss vom 26. März, wonach ein kommunales Hilfspaket von 45 Mio. Euro aufzulegen sei, eine Milchmädchenrechnung. Durch Umschichtungen können diese nicht herbeigezaubert werden. Zusätzliche Haushaltsmittel für Hilfen erfordern im Wesentlichen neue Kreditaufnahmen. Das tut das Finanzdezernat bereits. Mit der Nachtragssatzung wird die Kreditaufnahme erweitert. Bleibt zu hoffen, dass dies bis 2021 reichen wird. Im Übrigen werden nun mit Spannung die angekündigten Krisenbewältigungshilfen der Bundesregierung für die Städte und den ÖPNV erwartet.

Ernährungsstrategie für Köln und Umgebung



Mit dem einstimmigen Ratsbeschluss zur [Ernährungsstrategie](#) ist nun ein wesentliches Vorhaben, das die GRÜNEN im Doppelhaushalt 2020/2021 eingebracht haben, auf den Weg gebracht. Bis einschließlich 2024 werden 555.000 Euro für Maßnahmen zur Ernährungswende zur Verfügung gestellt. Darüber hinaus wird eine Untersuchung zur „regionalen Erzeugung, Verarbeitung und Vertrieb landwirtschaftlich erzeugter Nahrungsmittel und

Konsumentenpotentiale in der Region Köln-Bonn“ durchgeführt, für die zusätzlich 100.000 Euro bereitstehen. Dies hat der Wirtschaftsausschuss bereits am 08.05. auf grüne Antragsinitiative beschlossen. Erstmals werden damit die aktuelle Lage und Entwicklungschancen des Anbaus und der Vermarktung von Bio-Lebensmitteln in der Region ermittelt. Das schafft eine gute Handlungsgrundlage.

Wichtiger Akteur und Partner von Rat und Verwaltung ist der Ernährungsrat für Köln und Umland. Der seit 2016 gegründete Ernährungsrat hat ein Gesamtkonzept entwickelt: „Impulse für die kommunale Ernährungswende – Eine Ernährungsstrategie für Köln und Umgebung - Handlungsfelder, Bestandsaufnahme und Zielvorgaben“. Der Rat hat es nun als Grundlage und Leitlinie für künftige Entscheidungen zur kommunalen Ernährungspolitik gebilligt. Als nächstes soll die Verwaltung die Handlungsempfehlungen konkretisieren. Das Umwelt- und Verbraucherschutzamt ist durch den Ratsbeschluss für die Gesamtkoordination aller beteiligten Verwaltungsstellen und der Begleitung des Ernährungsrats zuständig. Mit dem Ratsbeschluss können nun auch die Personalkosten beim Ernährungsrat einschließlich des Projekts „Essbare Stadt“ finanziert werden. Mit dem im November 2019 zum Haushalt 2020/2021 erwirkten Ratsbeschluss werden zudem zwei Stellen beim Umweltamt für die Ernährungswende und das Projekt „Essbare Stadt“ finanziert.

Die Ernährungsstrategie soll die Voraussetzungen schaffen, deutlich mehr regionale Lebensmittel in Köln anbieten zu können. Dies fördert eine gesunde Ernährung. Kurze Lieferwege verringern den „ökologischen Fußabdruck“ und nachhaltige Landwirtschaft vermindert CO₂-Emissionen, schont Böden und Gewässer. Nahrungsmittelverluste und Nahrungsmittelverschwendung vermeiden zu helfen, ist eine weitere Aufgabe. Die Stärkung einer regionalen Versorgung setzt eine regionale Beteiligung am Ernährungsrat voraus. Daher sollen die Nachbarkreise und der „Regio Köln-Bonn“ einbezogen werden.

Der Ratsbeschluss beinhaltet auch den Beitritt zum Bio-Städte-Netzwerk, um strategische ernährungspolitische Vorhaben durch interkommunale Zusammenarbeit voranzutreiben. Das Bio-Städte-Netzwerk, dem 20 kommunale Gebietskörperschaften angehören, verfolgt das gemeinsame Ziel der Förderung des Öko-Landbaus sowie von Bio-Lebensmitteln.

Fortschreibung Schulentwicklungsplan



Heute wurde die [Fortschreibung des Schulentwicklungsplans](#) beschlossen mit der Maßgabe, dass bei den jeweils konkreten Planungen die Stellungnahmen der Bezirksvertretungen und der Schulen Berücksichtigung finden werden. Um es noch einmal zu wiederholen ist: Es müssen in den nächsten zehn Jahren 54 Schulen gebaut werden. Wichtigstes Vorhaben in den nächsten fünf Jahren

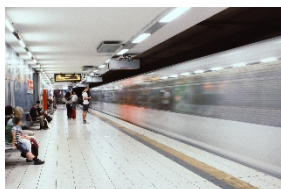
ist die Inbetriebnahme von 6 Gesamtschulen und 6 Gymnasien, um sowohl das Problem der fehlenden Plätze an Gesamtschulen wie auch das Problem der zusätzlichen Plätze für G 9 an Gymnasien annähernd zu lösen. Insgesamt gibt es eine Priorität für Gesamtschulen im Verhältnis von 13 zu 8 gegenüber den Gymnasien. Falls die Gesamtschulen - wie sinnvoll - jeweils sechszügig geplant werden, würden bis zum Schuljahr 2025/26 insgesamt 1080 neue Gesamtschule-Plätze geschaffen. Damit betrüge die Gesamtzahl 3400 Plätze und würde sich der Zahl von Plätzen an Gymnasien nähern.

Erstattung von Kitabeiträgen und OGS-Beiträgen wg. Corona-bedingten reduzierten Öffnungszeiten



Schnell Klarheit schaffen war das Ziel zweier Verwaltungsvorlagen, die heute auf die Tagesordnung kamen. Aufgrund der bestehenden Einschränkungen im [Kita](#)- und im [OGS](#)-Betrieb sollen Eltern nur die Hälfte der Beiträge für Juni und Juli zahlen. Die SPD wollten die Vorlagen schieben; wir haben den von der Verwaltung vorgeschlagenen Beschluss gern sofort gefasst. Wieder ein Beitrag, der Eltern in dieser schwierigen Zeit entlastet!

Angebotsausweitungen und Taktverdichtung im Stadtbahn- und Busnetz und der Aufbau eines On-Demand-Angebots im Rahmen eines Pilotprojekts als Ergänzung zum bestehenden ÖPNV-Angebot



Gleich drei Vorlagen gab es im letzten Rat zur Verbesserung des ÖPNV-Angebotes in Köln zum Fahrplanwechsel 2020. Die KVB gibt Gas: An den [Wochentagen](#) sollen nun die Straßenbahnen bis 24 Uhr im 15 Min. Takt fahren und die Fahrgäste der Buslinien 147 / 130 / 152 können sich ebenso häufiger auf eine Fahrt freuen. An den [Samstagen](#) gilt nun der 10 Min. Grundtakt von 9:00 bis 20:00, das längere Warten hat damit ein Ende. Dafür lohnt

es sich doch, ein paar Millionen auszugeben.

Damit die nicht so gut erschlossenen Quartiere an Attraktivität des ÖPNVs gewinnen, gibt es nun ein „[On-Demand-Pilotprojekt](#)“. Dies meint nichts anderen, als dass in einem festgelegten Gebiet Busse auf Bestellung an virtuellen Haltestellen abfahren und die Menschen zu gut angeschlossenen Haltestellen bringen. Anders als beim Taxi müssen sich hier allerdings mehrere Fahrgäste einen Kleinbus teilen und es kann zu Umwegfahrten führen, die aber nicht über 15 Min. dauern sollen. Ein Versuch ist es wert. Als Pilotprojekte wurde Teile der Bezirke Nippes, Poll, Ensen und Finkenberg ausgesucht. Für die Innenstadt und die angrenzenden Stadtteile der Kernstadt gibt es zudem einen Nacht-Shuttle von 20-3 Uhr in den Nächten von Freitag und Samstag. Nach vier Jahren werden wir wissen, ob diese Art der Feinerschließung von Stadtteilen was für die Kölnerinnen und Kölner ist.

Ausbau der Systematischen Öffentlichkeitsbeteiligung



Eines der bedeutendsten Vorhaben zur Stärkung der demokratischen Basis aller politischen Arbeit macht einen weiteren wichtigen Schritt auf dem Weg zur endgültigen Umsetzung der [systematischen Öffentlichkeitsbeteiligung](#) für alle Vorhaben der Stadt und alle Kölner Bürger und Bürgerinnen. Mit diesem Beschluss wird die Öffentlichkeitsbeteiligung auf die Bezirksvertretungen Lindenthal und Kalk und den Bereich der Mobilität ausgedehnt.

Mit dem neuen Handlungsfeld der Mobilität wird die Öffentlichkeitsbeteiligung einen Bereich erreichen, der in gewisser Weise ein Kristallisationspunkt politischer Kontroversen ist, womit sich die Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger mit Sicherheit verstärken wird.

Erweiterung RheinEnergieSportpark" in Köln-Sülz



Der mit Sicherheit sehr kontrovers diskutierte Tagesordnungspunkt war der geplante Ausbau des „Geißbockheims“ im Grüngürtel und die damit verbundene Zerstörung der Gleueler Wiese. In gleich zwei Rederunden machten unsere Fraktionsvorsitzende Brigitta von Bülow und unsere stadtentwicklungspolitische Sprecherin Sabine Pakulat sehr deutlich, warum wir den Ausbau an diesem Standort ablehnen.

Neben den umwelt- und klimaschutzpolitischen Aspekten geht es hier auch um die Frage der Privatisierung des öffentlichen Raumes. Statt einer Wiese, die von allen rund um die Uhr genutzt werden kann, entstehen nun Kunstrasenflächen und somit wird die Gleueler Wiese versiegelt.

Viele Städte in Deutschland beneiden uns um dieses außergewöhnliche Landschaftsschutzgebiet, den „Äußeren Grüngürtel“, mit seinen stadtklimatisch wichtigen und ökologisch wertvollen Ausgleichsräumen. Dies soll nun ohne Not zerstört werden. Und warum? Damit ein gewerblicher Verein seine Gewinne steigern kann!

Die Spieler brauchen zwar bessere Umkleide- und Trainingsmöglichkeiten, aber dafür gibt es andere Möglichkeiten. Der FC ist ein wichtiger Sportfaktor für Köln. Aber das darf nicht dazu führen, dass gnadenlos Erweiterungswünschen nachgegeben wird, auf Kosten der Umwelt. Wir wollen und müssen das Landschaftsschutzgebiet für alle Kölnerinnen und Kölner erhalten!

Die GRÜNE Fraktion brachte einen Änderungsantrag ein, der dem FC Flächen nahelegte, auf denen er auch in Zukunft wachsen könnte und die Verwaltung zu Verhandlungen beauftragte. Hier sollten auch Teil-Verlagerung, beispielsweise des Profibereiches oder des Jugend- und Breitensportbereiches in das Gewerbegebiet Marsdorf, in Nachbarschaft zum geplanten Frischezentrum geprüft werden. Die von der Bürgerschaft entwickelten Vorschläge, z.B. im sog. „Beller Bogen“, sollten auch betrachtet werden.

Nach einer gut zweistündigen Debatte wurde unser Änderungsantrag – dem auch Oberbürgermeisterin Henriette Reker zustimmen konnte – leider abgelehnt. Schließlich sprachen sich in geheimer Abstimmung 52 Ratsmitglieder für und 28 Stimmen gegen den Ausbau aus und 3 enthielten sich.

Die Bürgerinitiative „Grüngürtel für alle“ und viele mehr wollen gegen diese Planung vor dem Oberverwaltungsgericht Köln klagen. Die GRÜNEN unterstützen diese Klage, zumal ein von ihnen beauftragtes Rechtgutachten zum Schluss kommt, das die Planung aus vielfältigen Gründen rechtsfehlerhaft ist.

Wie Brigitta von Bülow in ihrer Rede sagte: „Stellen Sie sich in die Tradition von Konrad Adenauer, der zur Anlage des äußeren Grüngürtels feststellte: „Die Stadtverordnetenversammlung des Jahres 1918 hat einstimmig sich mir angeschlossen. Ich bin überzeugt, dass es die jetzige Stadtverordnetenversammlung und alle künftigen (das wären heute wir hier im Rat) auch tun werden, und wenn je der Gedanke auftauchen sollte, dieses Werk nicht durch und zu Ende zu führen, dann muss die gesamte Bürgerschaft – Männer und Frauen - im Interesse unserer Nachfahren flammendsten Einspruch erheben.“

Dem ist nichts hinzuzufügen!“

Am Ende werden wohl Gerichte die Frage klären müssen, ob der FC hier bauen kann oder nicht.

[Rede Brigitta von Bülow](#)

- [Beschluss über Stellungnahmen sowie Satzungsbeschluss betreffend den Bebauungsplan](#) Arbeitstitel: Erweiterung RheinEnergieSportpark in Köln-Sülz
- [209. Änderung des Flächennutzungsplanes \(FNP\) im Stadtbezirk 3,](#)
Arbeitstitel: "Erweiterung RheinEnergieSportpark" in Köln-Sülz

[Die Tagesordnung und alle Vorlagen der Sitzung](#)

Impressum:

Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN im Kölner Rat
Rathaus – Spanischer Bau * Rathausplatz 1 * 50667 Köln Tel.: 0221 – 211 25919 * Fax: 0221 – 221 24555
Mail: Gruene-fraktion@stadt-koeln.de www.gruenekoeln.de
V.i.S.d.P.: Lino Hammer, Fraktionsgeschäftsführer